Zeitschrift: Zeitschrift für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Herausgeber: Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1988)
Heft: 1

Artikel: Die Schweiz und die Europäische Gemeinschaft : isoliert in Europa?
Autor: Hofer, Bruno
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-937705

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

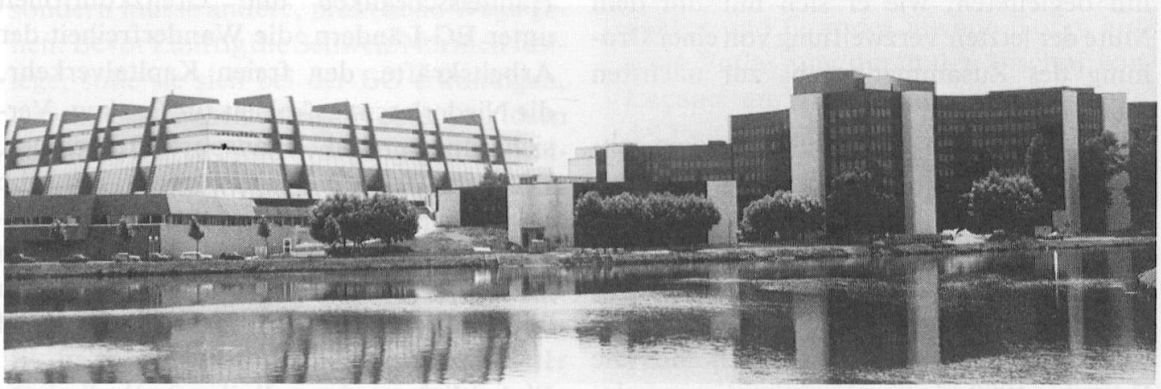
Isoliert in Europa?

Die Europäische Gemeinschaft (EG) formiert sich bis zum Jahr 1992 zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum mit 320 Millionen Menschen. Was tut die Schweiz angesichts dieser gigantischen Herausforderung? «Weltwoche»-Autor Bruno Hofer skizziert im folgenden Exklusiv-Beitrag für die «Schweizer Revue», wie bedrohlich eng sich die Schlinge der EG-Einigung rund um die Alpenrepublik bereits zusammengeschnürt hat.

Den Schweizern gefällt's, doch die Lage ist ernst. Beispiel Nummer eins: Die Europäische Gemeinschaft (EG) rückt immer näher zusammen, formiert sich zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum mit 320 Millionen Menschen, das sind neun Zehntel aller Westeuropäer; die Schweizer Bauern beispielsweise aber fordern unverdrossen weiteren Agrarprotektionismus, zurzeit insbesondere mehr Importbeschränkungen für EG-Käse.
Beispiel Nummer zwei: Grossbritannien will sein Inselreich mit einem Eisenbahntunnel unter dem Ärmelkanal hindurch näher an das EG-Festland binden, ein Jahrhundertprojekt, das die Verkehrsverbindungen in ganz Europa revolutionieren wird; die Schweiz belegt demgegenüber Lastwagen neuerdings mit einer Schwerverkehrsabgabe, lässt sie sonntags nicht fahren, sperrt über 28 Tonnen schwere Fahrzeuge von ihrem Territorium aus und verfügt noch über keinen Baubeschluss einer Alpenbasisverbindung für die Eisenbahn.
Zudem: Immer mehr Länder sind in der EG, mit dem 1986 erfolgten Beitritt von Spanien und Portugal sind es bereits zwölf Nationen, Beitrittsabsichten äussern auch Norwegen, die Türkei sowie Malta; und Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky beschwichtigt prophylaktisch bereits jetzt seine Landsleute, ein allfälliger EG-Beitritt Österreichs sei ohne weiteres vereinbar mit der Neutralität des Landes.

Immer engere Verflechtung

Die wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz mit der EG wird immer enger. Bereits reisen 55 Prozent der Exporte in den EG-Raum, 70 Prozent aller Importe stammen daraus. Neue Kommunikationstechnologien, verbunden mit dem Satellitenfernsehen, machen Landesgrenzen vergessen, addieren zum Wirtschaftsraum eine kulturelle Einheit, wenn auch nicht unbedingt eine vielfältige. Technologie und Forschung erfolgen zunehmend in Form von Europrojekten, zu schmalbrüstig sind die nationalen Denkerstätten für die Herausforderungen der Zukunft. Mehr und mehr lassen die Nationalstaaten nur noch von ferne grüssen, werden überdeckt von pragmatischer Zusammenarbeit.



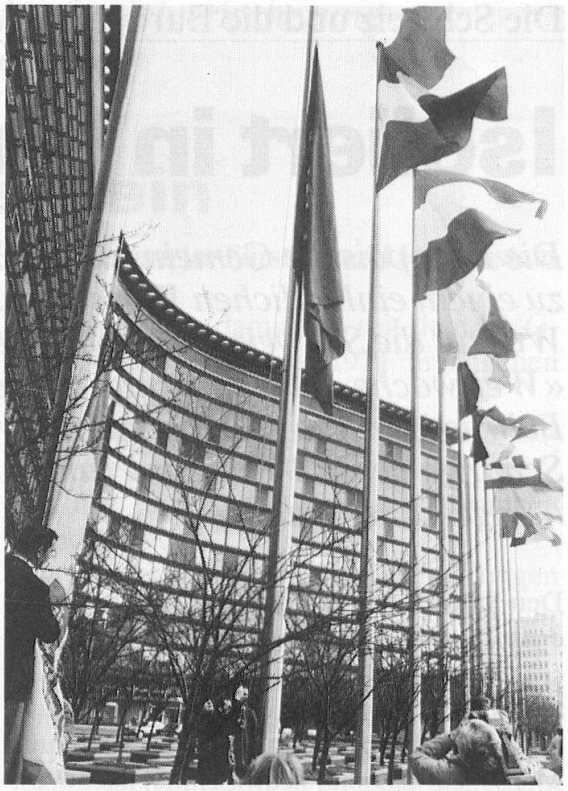
Die Schweiz bleibt im Europarat sehr aktiv (unser Bild: Europagebäude in Strassburg) ...

Und die Schweiz? Das Volk, das sich in der Insel- und Sonderfall-Rolle wohlig sonnt und den UNO-Beitritt am 16. März 1986 mit kaum überbietbarer Deutlichkeit verwarf, will aber politisch von Europa gar nichts wissen. Es bescherte jener Partei, die seit 1978 die Annäherung der Schweiz an die EG propagiert, in den jüngsten Nationalratswahlen vom 18. Oktober 1987 erneut eine wuchtige Niederlage. Die Sozial-liberale Partei europäischer Föderalisten (SLE) erhielt im Kanton Zürich nicht einmal mehr halb soviele Stimmen wie vor vier Jahren und hält den marginalen Wähleranteil von 0,07 Prozent. Die Berner Sektion der SLE hat sich entmutigt aufgelöst. Kein einziger Parlamentarier dieser Partei sass je im Bundesparlament. Dabei harrt die SLE gar nicht mehr so einsam wie auch schon als standfester Rufer in der Wüste. Zunehmend durchfurchen Sorgenfalten auch die Denkerstirnen von Schweizer Wirtschaftskapitänen, Bundespolitikern, Verbandsfachleuten und Regierungsmitgliedern, die mit immer dumpferem Gefühl in der Magengegend über die Landesgrenzen hinausblicken und besorgt registrieren, wie bedrohlich eng sich bereits die Schlinge der EG-Einigung rund um die Alpenrepublik zusammengeschnürt hat.

EG kein Papiertiger

Die EG als grosser böser Wolf, Rotkäppchen Schweiz mit aufgerissenem Maul zähnefletschend belauernd? Herr und Frau Schweizer mögen so recht es noch nicht glauben, verbannen solche Visionen ins Reich der Märchenwelt. Zu lebhaft sind Erinnerungen an jenen Papiertiger EG, der seit seiner Gründung durch sechs Länderregierungen im Jahre 1957 von einer Krise in die andere geschüttelt wurde, schadenfroh belächelt von den hiesigen Medien, die ihn begleiteten, wie er sich nur mit dem Mute der letzten Verzweiflung von einer Drohung des Zusammenbruchs zur nächsten schleppte.

Doch diese Zeiten sind vorbei. Seit dem Jahre 1983 ist alles anders. Der steten Querelen überdrüssig, wurde der Ministerrat der Gemeinschaft wegen «Untätigkeit» vor den Europäischen Gerichtshof nach Luxemburg gezerrt. 1985 sprachen die EG-Richter den Ministerrat schuldig und setzten ihm die Frist, bis 1992 für die Vereinheitlichung des EG-Binnenmarktes zu sorgen, ansonsten



... zieht aber kaum ins EG-Gebäude in Brüssel ein (Fotos: Keystone).

die Realisierung des freien Dienstleistungsverkehrs kraft Normen der EG-Verfassung automatisch realisiert würde. Am 29. Juni 1985 stellte sich der Europäische Rat mit seinem ganzen politischen Gewicht hinter diese Absicht. Da hilft Deuteln nichts mehr. Die vier Freiheiten des Gemeinsamen Marktes – der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital – werden verwirklicht, die Reformvorschläge dazu sind vom Europäischen Rat von Luxemburg am 3. Dezember 1985 verabschiedet worden.

Zollfreiraum

Ein freier EG-Binnenmarkt ab 1992 bedeutet einen Zollfreiraum, den Abbau aller Handelsschranken und Grenzkontrollen unter EG-Ländern, die Wanderfreiheit der Arbeitskräfte, den freien Kapitalverkehr, die Niederlassungsfreiheit für Banken, Versicherungen und Transportunternehmer. Die unmittelbare Folge für die Schweiz: Bilaterale Abkommen werden obsolet. Betroffen sind nicht nur Verkehrsabkommen mit EG-Staaten, sondern auch Abkommen über ausländische Arbeitskräfte (Beispiel Italien).

Einheitlich werden soll aber auch die indirekte Besteuerung der Konsumgüter. Die

EG-Kommission schlägt vor, auf Alkohol, Tabak, Wein und Bier einheitliche, in ECU ausgedrückte Abgaben zu erheben. Das Ziel: Eine Annäherung der Preise soll Schmuggel auf sanftem Wege abschaffen.
Umgewandelt wird auch der 1979 geschaffene ECU. Er zählt nicht mehr bloss als Recheneinheit, sondern als Zahlungsmittel im EG-Raum schlechthin. Damit würde eine Währungsunion geschaffen, womit unter Umständen via Wechselkursmanipulationen unliebsame Schweizer Konkurrenz vom Markt ferngehalten werden könnte.

Beitritt unrealistisch

Angesichts dieser epochalen Herausforderung gaben die EFTA-Staaten 1984 in der Erklärung von Luxemburg zum Ausdruck, zusammen mit der EG einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen. Doch Franz Blankart, Schweizer Staatssekretär und als Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft (BAWI) de facto Architekt der Handelspolitik, findet, die Schweiz brauche nicht eine intensivierte Mitarbeit im Rahmen der EFTA, sondern ein neues, verstärktes Europabewusstsein. Das Land könne nicht länger von der EG in unzähligen Fällen Rücksichtnahme auf den Sonderfall Schweiz erwarten, wenn nicht gleichzeitig auch in jenen wenigen Fällen, in denen die EG auf unser Land angewiesen sei, ein Entgegenkommen der Alpenrepublik stattfinde. Es drohe allen Ernstes die Marginalisierung der Schweiz. Ein Beitritt aber sei unrealistisch: «Zu glauben, dass Volk und Stände noch in diesem Jahrhundert an einem lauen Mai-Sonntag» dem EG-Beitritt zustimmen würden, «ist total unrealistisch» (Rede vom 28.10.87).
Die Schweiz dürfe deshalb seine Verhandlungsposition in Brüssel nicht durch eine illusionäre Beitrittsaussicht schwächen, sondern müsse andere, praktische Wege gehen. Bevor künftig die Schweiz Normen festlege, solle sie sich bei der EG erkundigen, wie die Gemeinschaft das Problem zu lösen gedenke. Durch diese «vorgängigen Konsultationen» betreibe man eine «aktive Integrationspolitik», die einer nachträglichen Diskriminierung ausweiche.
«Falls wir indessen das Freihandelsabkommen von 1973 als den Abschluss einer Politik betrachten und der Konsolidierung der Gemeinschaft mit Interesse, aber untätig und hochmütig zusehen, so wird dem wirtschaftlichen und politischen Druck zum autonomen Nachvollzug schwerlich mehr standzuhalten sein. Dies würde einen Verlust an Unabhängigkeit bedeuten, der grösser wäre als jener, der mit einem Beitritt in Kauf genommen werden müsste, eine Unabhängigkeit, die wir uns gerade dadurch zu bewahren suchten, dass wir der Gemeinschaft ferngeblieben sind.» Blankart, Philosoph und Schüler Karl Jaspers, steuert zweifellos einen pragmatischen Kurs der Handelspolitik, die, eingedenk der beschränkten innenpolitischen Möglichkeiten, das Optimum der gegenseitigen Zusammenarbeit sucht, um zu verhindern, dass im neugeschaffenen Supermarkt Europa die Eidgenossenschaft höchstens in einer abgeschiedenen Ecke einen kleinen Kiosk betreiben darf, wo sie erst noch nur jene Produkte verkauft, die ihr die Supermarktleitung bewilligt hat. *Bruno Hofer*

Telegramme

■ Die Schweiz hat mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ein Abkommen im Bereich der *Terminologie* abgeschlossen. Die Fachwortbestände der EG und der Bundesverwaltung werden in der mehrsprachigen Terminologie-Datenbank der EG, dem Eurodicautom, zusammengelegt. Eurodicautom dient unter anderem dem Übersetzungswesen.

■ «Quotidiano» heisst die *7. Tessiner Tageszeitung,* die neu seit November erscheint. Sie ist die Antwort von Chefredaktor und Gründer Silvano Toppi auf seine Entlassung durch den Bischof von Lugano am bistumseigenen «Giornale del Popolo».

■ Seit dem 1. Januar 1988 ist das ganze Paket von neuen Bestimmungen im Zusammenhang mit der zweiten *Asylgesetzrevision* in Kraft. Einer der Hauptpunkte des neuen Asylverfahrens: Asylgesuche können nur noch an 25 speziell bezeichneten Grenzübergängen gestellt werden.